

## **P r o t o k o l l**

### **der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Jugend, Behinderte und Senioren am 12. November 2012 in den Räumlichkeiten der Stadtcaritas Greifswald**

#### **Öffentlicher Teil**

**Beginn: 18:00 Uhr**

**Ende: 19:55 Uhr**

#### **Anwesenheit**

Herr Aé  
Herr Cymek  
Herr Dr. Frisch  
Herr Kummerow  
Frau Lembke  
Herr Siperko  
Herr Biedermann

i.V. für Herrn Steiger

#### **Entschuldigt**

Herr Steiger

#### **Verwaltung**

Herr Dembski  
Frau Gömer  
Frau Zenk  
Herr Jacobs  
Frau Kindt  
Herr Klöckner  
Herr Wille

#### **Gäste**

Frau Sitterlee, Seniorenbeirat  
Herr Bartels, Jobcenter  
Frau Graaf, Stadtjugendring  
Herr Passon

### **Tagesordnung:**

1. Sitzungseröffnung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen und Anregungen von Kindern, Jugendlichen und Einwohnern
4. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 4.1. Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2013 05/924  
*Dez. I , Amt 20*
- 4.2. Städtische Aufträge an Mindestlohn binden 05/922  
*Bündnis 90 / Die Grünen*
5. Informationen der Verwaltung
6. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Mitglieder des Ausschusses
7. Informationen des Jobcenters
8. Informationen des Ausschussvorsitzenden
9. Bestätigung des Protokolls vom 08.10.2012
10. Sitzungsende

#### *Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung*

Herr Kummerow begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

---

#### *Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung*

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

**Abstimmungsergebnis: 7 x Ja**

---

#### *Zu TOP: 3. Fragen und Anregungen von Kindern, Jugendlichen und Einwohnern*

Herr Passon interessiert sich für die im Haushalt vorgesehenen Mittel für die Jugendarbeit und bittet darum, auch einen Überblick über den Haushaltsentwurf des Landkreises zu erhalten.

---

## *Zu TOP: 4. Diskussion von Beschlussvorlagen*

---

### *Zu TOP: 4.1. Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2013*

Herr Wille stellt die Beschlussvorlage 05/924 vor und weist auf immer noch bestehende Probleme bei der Haushaltsaufstellung im Zusammenhang mit der Kreisgebietreform und der Einführung der Doppik hin. Der Haushaltsentwurf enthalte ein Defizit, so dass damit zu rechnen sei, dass die Kommunalaufsicht den Haushalt nur mit Auflagen genehmigen und ein Haushaltssicherungskonzept verlangen wird. Der vorliegende Entwurf erhebt noch keinen Anspruch auf Endgültigkeit, da immer noch ein deutlicher Fehlbetrag ausgewiesen ist.

Herr Dembski stellt fest, dass ein wesentlicher Ansatz im HH-Entwurf der Bereich der Kindertagesstätten ist. Er weist darauf hin, dass ein hohes Qualitätsniveau in der Regel auch höhere Kosten nach sich zieht. Dies hat zur Folge, dass neben der Kommune auch für die Eltern ein höherer Kostenaufwand fällig würde. Herr Dembski betont, dass die Universitäts- und Hansestadt Greifswald im Jahr 2012 im Sinne einer Übergangsregelung die Jugendarbeit entsprechend der geschlossenen Leistungsvereinbarungen gefördert hat. Für das Jahr 2013 war ursprünglich eine „Null“ im Haushalt vorgesehen, da die Aufgaben an den Landkreis übergegangen sind. Schwerpunkte der Förderung seien nun die Schulsozialarbeit, die „Schwalbe“ und das „Klex“. Die angestrebte Vereinbarung zum „TAKT“ mit dem Landkreis ist noch nicht zustande gekommen. Die Stadt zahle weiterhin den Löwenanteil der Kosten für die Schulsozialarbeit, ISSA und Stadtjugendring an den Kreis, damit dieser seine eigentlichen Aufgaben erfüllen kann. Dafür sind insgesamt 202 T€ vorgesehen.

Herr Dr. Frisch erkundigt sich, ob der Kinderschutzbund e. V. weiter gefördert werde. Herr Dembski weist darauf hin, dass die o. g. Projekte und Einrichtungen gefördert würden.

Herr Aé möchte wissen, wer über die Höhe der Fehlbeträge entscheidet und in welchen Bereichen diese entstehen würden.

Herr Wille erläutert, dass ein ausgeglichener Haushalt die prinzipielle gesetzliche Vorgabe ist. Je größer der Fehlbetrag, je höher sei die Wahrscheinlichkeit für rechtsaufsichtliches Einschreiten. Durch die Kreisgebietsreform ist es zu zahlreichen Verwerfungen gekommen. Einerseits bekommt Greifswald weniger Mittelzuweisungen, soll durch Aufgabenübergang an den Landkreis andererseits auch bei den Ausgaben entlastet werden. Das Verbleiben z. B. der Musikschule verursacht aber allein schon Kosten von ca. 600 T€. Fehlbeträge könnten grundsätzlich sowohl durch gesetzliche Aufgabenerfüllung als auch durch freiwillige Ausgaben entstehen. Im Vergleich mit anderen Kommunen befindet sich die Universitäts- und Hansestadt Greifswald bei den Steuereinnahmen noch in einer relativ günstigen Situation. Herr Wille weist darauf hin, dass wegen des Sanierungsstaus im nächsten

---

Jahr 1 Mio. € mehr für Werterhaltung ausgegeben werden soll.  
Herr Biedermann fragt nach der Finanzierung des Frauenhauses.  
Herr Dembski erläutert, dass die Stadt durch die Mietsubvention der WVG mbH für mehr als die Hälfte der tatsächlichen Kosten aufkommt. Künftig wird aber die Universitäts- und Hansestadt Greifswald die Nichtleistungen des Landkreises nicht weiter ausgleichen können.  
Herr Kummerow fordert, dass die Trägerlandschaft für die Jugendarbeit auch künftig erhalten bleiben soll. Das „Klex“ z. B. würde zwar als Einrichtung erhalten, die Projektarbeit würde aber drastisch eingeschränkt. Darüber sollte fachpolitisch diskutiert werden.  
Herr Dembski stellt fest, dass bei einer Umlage von 5,11 € die Stadt 366 T€ finanzieren müsste.  
Herr Wille warnt in diesem Zusammenhang, den Landkreis aus seine originären Pflichten zu entlassen, indem man den vermeintlich leichteren Weg über die Zwischenfinanzierung durch die Stadt beschreite. Langfristig werde das nicht funktionieren.  
Herr Jacobs macht darauf aufmerksam, dass beim Landkreis noch keine aktuelle Jugendhilfeplanung vorliege. Die Stadt sollte daher Hilfe als Überbrückung leisten, damit Träger nicht in Bedrängnis kommen und aufgeben müssen.  
Herr Cymek merkt dazu an, dass er nicht den Optimismus teile, der Landkreis werde künftig die Aufgaben ausreichend finanzieren können.  
Frau Graaf regt an, die Diskussion in den Jugendhilfeausschuss des Landkreises zu tragen. Dort müsse die Diskussion geführt werden, welche Aufgaben der Jugendhilfe prioritär seien.  
Herr Kummerow stellt den Vorschlag zur Abstimmung, die Träger so zu stellen, dass sie mit den für 2012 gültigen Leistungsvereinbarungen weiter arbeiten können. Dazu sollten im Haushalt 366 T€ eingestellt werden.

**Abstimmungsergebnis: 1 x Ja**  
**0 x Nein**  
**6 x Enthaltung**

Kerr Kummerow stellt die Beschlussvorlage mit der beschlossenen Änderung zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: 3 x Ja**  
**0 x Nein**  
**4 x Enthaltung**

---

**Zu TOP:**     *Städtische Aufträge an Mindestlohn binden*  
**4.2.**

Herr Biedermann erläutert die Beschlussvorlage seiner Fraktion.  
Herr Wille macht darauf aufmerksam, dass nach § 31 Abs. 2 der Kommunalverfassung bei der Beschlussfassung über Mehrausgaben folgendes zu beachten ist: „Anträge, durch die der Gemeinde Mehraufwendungen, Mehrauszahlungen, Mindererträge oder Mindereinzahlungen entstehen, müssen bestimmen, wie die zu ihrer Deckung erforderlichen Mittel aufzubringen sind; der Teilhaushalt ist zu benennen. Anträge sowie Beschlussvorlagen, die die Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes verzögern oder diesem entgegenstehen,

---

müssen unter Benennung der berührten Maßnahme des Haushaltssicherungskonzeptes zusätzliche neue Maßnahmen benennen, die die entstehenden Mehraufwendungen, Mehrauszahlungen, Mindererträge oder Mindereinzahlungen vollständig kompensieren.“

Da die finanziellen Auswirkungen nicht zu beziffern sind, wird vorgeschlagen, einen Prüfungsauftrag zu erteilen.

Herr Kummerow stellt folgenden Antrag zur Abstimmung:

„Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, die finanziellen Auswirkungen der in der Beschlussvorlage 05/922 genannten Maßnahmen zu prüfen.“

**Abstimmungsergebnis: 7 x Ja**

**0 x Nein**

**0 x Enthaltung**

---

*Zu TOP: 5. Informationen der Verwaltung*

entfällt

---

*Zu TOP: 6. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Mitglieder des Ausschusses*

Herr Dembski beantwortet die schriftlich eingereichte Frage von Frau Reuhl dahingehend, dass die Universitäts- und Hansestadt Greifswald an dem Pflegestützpunkt nicht beteiligt ist und auch nicht zur Finanzierung beiträgt.

Auf Frage von Herrn Dr. Frisch zu Zuschüssen zum AIZ-Projekt der Volkssolidarität erläutert Herr Dembski, dass es keinen neuen Sachstand und keine Initiativen der Stadt gebe.

Herr Biedermann fragt nach der Liste der Jugendvereine. Diese wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

---

*Zu TOP: 7. Informationen des Jobcenters*

Herr Bartels stellt die neuesten Zahlen des Jobcenters anhand der ausgereichten Statistiken vor und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit und die kritische Begleitung seiner Tätigkeit. Er betont, dass trotz der erreichten Verbesserungen insbesondere der noch zu hohe Anteil der leistungsberechtigten Kinder unbefriedigend ist.

Erfreulich seien aber die Fortschritte und Erfolge bei der Entwicklung der Fallzahlen bei den unter 25jährigen Leistungsbeziehern.

Herr Dembski bedankt sich seinerseits für die Zusammenarbeit und hebt die Erfolge bei der Eingliederung von Jugendlichen hervor.

Herr Biedermann dankt Herrn Bartels auch im Namen seiner Fraktion für seine Tätigkeit und seine Präsenz im Ausschuss.

---

*Zu TOP: 8. Informationen des Ausschussvorsitzenden*

entfällt

---

*Zu TOP: 9. Bestätigung des Protokolls vom 08.10.2012*

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig bestätigt.  
**Abstimmungsergebnis: 7 x Ja**

---

*Zu TOP: 10. Sitzungsende*

Die Ausschusssitzung endet um 19:55 Uhr

---

Marian Kummerow  
Ausschussvorsitzender

Ludwig-Andreas Klöckner  
für das Protokoll

**Anlage**